

CHRISTA SCHAFFMANN

SÜDAFRIKA ZWISCHEN ZAGEN UND ZORN

VOR DEN KOMMUNALWAHLEN SPITZT SICH DIE POLITISCHE SITUATION ZU

Viele Menschen in Südafrika hoffen, dass vor den Kommunalwahlen im August 2016 ein Ruck durch Parlament und Regierung gehen wird, der längst fällige Klärungs- und Trennungsprozesse in Gang setzt. Bisher ist jedoch nichts dergleichen geschehen. Staatspräsident Zuma klebt an seinem Amt, zugleich mehren sich Rücktrittsforderungen gegen ihn. Denis Goldberg¹ und Breyten Breytenbach,² zwei bekannte Anti-Apartheid-Aktivistinnen, haben bei Veranstaltungen in Berlin und in Gesprächen mit der Autorin die politische Lage in ihrem Heimatland analysiert.

ABSCHWUNG UND KRISE – PREISE UND SCHULDEN STEIGEN

Kürzlich, Anfang Juni 2016, entging Südafrika einer Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit auf Ramschniveau nur knapp. Die Ratingagentur Standard & Poor's erklärte, sie halte zwar an ihrer bisherigen Einschätzung fest, bescheinige dem Land aber eine negative Prognose. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird Südafrikas Wirtschaft in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent wachsen. Gleichzeitig steigt die Schuldenlast, worauf bereits der von den Organisationen Misereor und erlassjahr.de publizierte Schuldenreport 2016 faktenreich aufmerksam machte.³ Seit 2008 hat sich die Staatsverschuldung auf 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht. Südafrikas Volkswirtschaft liegt, gemessen am BIP, im afrikanischen Vergleich inzwischen hinter Nigeria und Ägypten. Das hat viele Gründe. Vor allem stagniert die Diversifizierung der Wirtschaft, und die inländische verarbeitende Industrie wächst kaum, weil viele südafrikanische Unternehmen Arbeitsplätze in die Nachbarländer verlagert haben. Umso mehr leidet Südafrika unter der weltweit gesunkenen Nachfrage nach Rohstoffen, die die Preise für Eisenerz und Platin in den Keller getrieben hat. Zu schaffen macht dem Land zurzeit auch eine schwere Dürre, die nicht nur die Landwirtschaft betrifft, sondern bereits zu Engpässen bei der Wasserversorgung ganzer Städte führte. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, das Grundnahrungsmittel Maismehl ist zum Beispiel doppelt so teuer wie im Vorjahr – und das in einer Situation, in der die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben mit 26,1 Prozent Rekordniveau erreicht hat. Abgesehen von einigen lokalen Protestaktionen hat die Regierung es bisher geschafft, die Bevölkerung mit sozialstaatlichen Maßnahmen relativ ruhig zu halten. Aber jetzt geht ihr das Geld aus.

POLITISCHE TURBULENZEN

Gleich zwei südafrikanische Finanzminister mussten in den vergangenen sieben Monaten ihre Ämter niederlegen. Im Dezember 2015 entließ Präsident Zuma den wegen seiner Kompetenz geschätzten Nhlhla Nene, nachdem dieser mit dem Management der staatlichen Fluggesellschaft South African Airways aneinandergeraten war. Zuma ersetzte Nene daraufhin durch den Hinterbänkler David van Rooyen, unterschätzte dabei aber die Reaktion der Bevölkerung, vor allem aber die der Finanzmärkte: Wenn ein Präsident Einfluss auf das Finanzministerium nimmt und allem Anschein nach die Haushaltsdisziplin untergraben will, dann läuten an den Börsenplätzen die Alarmglocken. Vier Tage nach der Umbesetzung gab Zuma der Kritik nach und entließ van Rooyen. Unter Druck gesetzt durch die Führung seiner Partei, des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), ernannte er seinen einstigen Kampfgefährten und jetzigen Kritiker Pravin Gordhan, der dieses Amt bereits von 2009 bis 2014 innehatte. Damit ist die Sache jedoch noch nicht zu Ende. Denn zurzeit wird gegen Gordhan wegen angeblicher Spionage ermittelt: In seiner Zeit als Chef der Steuerbehörde hatte er eine neue Abteilung zur Untersuchung illegaler Geschäfte und Steuerhinterziehung geschaffen. Das wirft man ihm heute vor und behauptet, zu solchen Nachforschungen sei nur der Geheimdienst befugt. Doch darum geht es nicht wirklich. Gordhan stellt sich nicht nur gegen das von Zuma forcierte Atomprogramm, sondern auch gegen die verbreitete Vetternwirtschaft und die Vergabe von Posten in Wirtschaft und Verwaltung an inkompetente Zuma-Anhänger aus Gefälligkeit. Aus Networking ist ein Krebsgeschwür geworden, das das Land auffrisst. Der Unmut wächst allerorten, was sich in Protesten, aber auch in einer von mehr als 500.000 Men-

schen unterzeichneten Online-Petition widerspiegelt, in der der Rücktritt des Präsidenten gefordert wird. Auf Kritik, auch von ehemaligen Kampfgefährten, reagiert Zuma nicht oder schlimmer noch: Er verdächtigt sie der Kollaboration mit feindlichen Mächten. Und die regierende Allianz aus ANC, Kommunistischer Partei Südafrikas (SACP) und der Gewerkschaftsföderation COSATU hält und hält und hält ...

KAMPFGENOSSEN UND IHR FÜHRER

Denis Goldberg, der häufig durch Europa reist, wo er an Schulen und Universitäten vor allem jungen Menschen zu erklären versucht, was in seinem Land geschah und geschieht, ist überzeugt, dass die, die «die Vergangenheit nicht kennen, die Gegenwart nicht verstehen können». Deshalb freut er sich immer, wenn seine Zuhörer an Geschichte interessiert sind und sich einige auch mit Marxismus und politischer Ökonomie befassen. Noch vor drei Jahren, als Jacob Zuma und andere Funktionäre längst wegen Korruption und Vetternwirtschaft ins Gerede gekommen waren, prangte an Goldbergs Haus ein Poster mit dem Bild des Staatspräsidenten. Damals verteidigte er Jacob Zuma, den Präsidenten und ANC-Vorsitzenden, noch – er habe eine schwierige Aufgabe zu lösen, bei der er bisweilen Fehler mache, für seine Verdienste aber achte er ihn. Selbst heute insistiert er: «Die eigenen Genossen zu kritisieren ist nicht leicht. Zuma war immer ein Held für mich.» Aber inzwischen ist auch für Goldberg das Maß voll. «Jetzt behindert er unseren Fortschritt, er absorbiert die Kraft und die Aufmerksamkeit vieler Menschen, die Besseres zu tun haben, er schadet dem Ansehen des ANC. Im Vorfeld der Wende in Südafrika hat er jedoch den Verhandlungsprozess, der den Wandel ermöglichte, sehr klug vorbereitet. Als in den frühen 1990er Jahren in der Provinz KwaZulu-Natal Tausende ANC-Mitglieder ermordet wurden, hat die Partei ihn geschickt, um zu verhandeln, und er hat es erfolgreich getan. Damals stand unendlich viel auf dem Spiel – das Land hätte zerbrechen und im Bürgerkrieg enden können. Aber das alles rechtfertigt nicht, jetzt zu schweigen. Ich tue es nicht und einige andere auch nicht. Eine richtige linke Kritik, wie man sie von der SACP, von den Gewerkschaften, aber noch mehr von ANC-Funktionären erwarten könnte, gibt es nicht. Ich habe ihn in einem Brief zum Rücktritt aufgefordert; er hat nicht einmal geantwortet.»

STOLZ UND FRUST

Auch wenn Goldberg den Präsidenten zum Rücktritt drängt, ärgert es ihn zugleich sehr, wenn die südafrikanischen und ausländischen Medien fast ausschließlich über Skandale schreiben, darüber, was im Lande nicht funktioniert, welche Ziele noch nicht erreicht sind. Er ist stolz auf viele neue Kliniken, zu denen die Bevölkerung Zugang hat, stolz darauf, dass die Kinder zur Schule gehen und viele es bis an die Universität schaffen. «Wir haben vier Millionen Häuser für schwarze Familien gebaut. Mandela hatte nur 750.000 versprochen und war bereits dafür bejubelt worden.»

Breyten Breytenbach, der preisgekrönte Schriftsteller und Maler, der seit 1961 viele Jahre im Ausland gelebt und von dort auf seine Heimat geschaut hat, sieht zwar durchaus auch Anlass zu einem gewissen Stolz, ist aber deutlich distanzierter. «Es gibt keine Folter – jedenfalls nicht offiziell, keine Diskriminierung – nicht offiziell. Wir haben in Südafrika jetzt eine von der Mehrheit legitimierte Regierung anstelle eines Regimes, das nur die Interessen der weißen Minderheit vertrat. Aber man kann das, was geschehen ist, nicht

als Revolution bezeichnen. Unter Ausschluss der Zivilgesellschaft schufen oppositionelle politische Formationen eine neue Verfassung, welche die politischen Machtstrukturen ihrem Wesen nach nicht veränderte und die Wirtschaft, auf die der Staat sich stützt, ganz bestimmt nicht radikal umgestaltete. Das Rechtssystem hat sich positiv entwickelt; immerhin kann heute das Verfassungsgericht ein Urteil gegen den Staatspräsidenten fällen.»

In der Tat hat im März 2016 das Verfassungsgericht befunden, dass Präsident Zuma die ihm laut Verfassung zustehenden Rechte missachtet hat und einen Teil der fast 15 Millionen Euro, die er aus der Staatskasse in sein privates Anwesen investiert hat, zurückzahlen muss. Das Urteil fiel einstimmig. Dass Zuma sich dennoch an der Macht halten kann, erklärt Breytenbach so: «Es ist eine alte Regel: Der Führer wird unter allen Umständen geschützt. Bis man ihn eines Tages vielleicht umbringt – symbolisch, wie geschehen bei Thabo Mbeki und in gewisser Weise auch bei Mandela, oder tatsächlich. Und bis dahin geht alle Macht von ihm aus. Das ist furchtbar und krank.»

Bei einer Veranstaltung in Berlin ist Breytenbach Ende Mai 2016 mit einem Text, den er im Jahr 1991 geschrieben hat, konfrontiert worden. Darin ist von unendlichen Varianten der Grausamkeit die Rede, die er in Südafrika kommen sehe. In der Veranstaltung wies er höflich den Verdacht prophetischer Fähigkeiten zurück. Im Interview erneut darauf angesprochen, wird er regelrecht wütend: «Diese Äußerung wird immer wieder aus dem textlichen und dem zeitlichen Kontext gerissen zitiert. Es war aber die Zeit, in der zwischen Inkatha [Freedom Party], ANC und der mit ihm verbündeten Vereinten Demokratischen Front [UDF] verlustreiche Kämpfe ausgetragen wurden. Ich fürchtete damals einen schrecklichen Bürgerkrieg, von dem wir auch tatsächlich nicht weit entfernt waren. Jetzt wird es so dargestellt, als hätte ich damals Entwicklungen im heutigen Südafrika vorausgesehen. Das trifft nicht zu. Und es ist umso ärgerlicher, als meine damalige Äußerung oft von Menschen falsch eingeordnet wird, die damals wie heute ein tiefes Misstrauen gegen die schwarze Bevölkerung hegen und behaupten: «Die Schwarzen können es einfach nicht!» Das ist Bullshit, und ich lasse mich nicht dazu missbrauchen, diesen Leuten jetzt eine Bestätigung ihrer zum Teil rassistischen Ansichten zu liefern.»

Breytenbachs Hauptkritikpunkt an der Politik des ANC, zu dessen Führung er eine ausgesprochen kritische Position einnimmt, ist die seines Erachtens gescheiterte Idee von der Regenbogennation, in der Menschen verschiedener Hautfarben, Religionen und Ethnien zum Wohle aller zusammenwirken. «Diese Idee wird nicht gelebt. Viele Weiße würden sich gern mehr einbringen; es wird ihnen aber nicht erlaubt. Man verhindert ihre Karriere im öffentlichen Dienst genauso wie bei der Polizei. Und die, die bereits als Polizisten arbeiten, haben keine Aufstiegschancen. Manche haben versucht, dagegen zu klagen – erfolglos. Das erzeugt Bitterkeit. Es gibt kaum eine weiße Familie, aus der nicht mindestens ein oder zwei Familienmitglieder ins Ausland gegangen sind, weil sie in Südafrika keine Zukunft mehr für sich sahen. Sie fühlen, dass sie in diesem Land nicht mehr willkommen sind.»

Das sieht Goldberg völlig anders. Unter den jugendlichen Schwarzen liege die Arbeitslosigkeit bei über 50 Prozent, unter den gleichaltrigen Weißen dagegen nur bei sechs Prozent. Weiße Bewerber bekämen in Unternehmen auch dann eine Chance, wenn sie sich mit schwachen schulischen Leistungen oder anderen ungünstigen Voraussetzungen be-

werben würden. Schwarzen rate man dagegen, sich doch Hilfe vom Staat zu holen, wenn sie nicht dem Anspruchsniveau der Wirtschaft entsprechen. Nicht zuletzt deshalb seien Black Economic Empowerment (BEE), das Programm zur beschleunigten Schaffung einer schwarzen Mittel- und Oberschicht, und Affirmative Action (AA), das politische Konzept, mit dem die Angestelltenstruktur im öffentlichen Sektor an die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft angeglichen werden soll, so wichtig.

Das klingt einleuchtend, ist aber nur ein Teil der Wahrheit. In 25 Jahren hat es Südafrika nicht vermocht, ein Bildungssystem aufzubauen, das jungen schwarzen Absolventen gute Chancen im Berufsleben bietet. Es hinkt bis heute hinter dem in Simbabwe her – und das, obwohl Simbabwe wirtschaftlich wesentlich schlechter dasteht als Südafrika. Die Fehler, die auf diesem Gebiet gemacht worden sind, lassen sich mit den Programmen BEE und AA nicht kompensieren. Im Gegenteil: Unterqualifizierte Staatsbedienstete, die einer politischen Absicht ihre Posten verdanken, machen vor, dass man es auch ohne eigenen Einsatz zu etwas bringen kann.

RANDALE STATT STUDIUM – WENN BILDER BRENNEN

Denis Goldberg lebt in seinem Haus nahe Kapstadt, umgeben von Bildern und Skulpturen. Sie sind Teil seines Lebens. Jetzt im Alter denkt er darüber nach, sie nicht an Kinder und Enkel zu vererben, sondern in eine Stiftung einzubringen und sie so dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen – zum Lernen und zur Erbauung. Bilderstürmerei wie jüngst an der Universität Kapstadt durch die angeblich für die Entkolonialisierung der Bildung kämpfende «Rhodes Must Fall»-Bewegung⁴ ist ihm fremd. Goldberg, der für bessere Bildungschancen von Schwarzen gekämpft hat, muss jetzt erleben, dass bei einem Teil von ihnen der Hunger nach Bildung viel geringer ist als die Lust auf Randalen: «Sie behaupten, sie könnten in Gegenwart einer Rhodes-Statue auf dem Universitätsgelände nicht studieren», berichtet er. Das sei absurd.

Er darf das so harsch sagen, hat er doch unter Gefängnisbedingungen drei Fernstudiengänge abgeschlossen und einen vierten in Rechtswissenschaften bis zu seiner Entlassung aus der Haft diszipliniert durchgezogen.

Auch Breytenbach ist angesichts der Vorgänge an der Universität in Kapstadt (und nicht nur dort) empört: «Wenn Kunst brennt, dann erinnert das an die Zerstörung von Kunstwerken in der Französischen Revolution, aber auch an die Zeit des Faschismus in Deutschland.» Nach der Bilderverbrennung entschloss sich die Leitung der Universität, Dutzende Bilder aus ihrem umfangreichen Kunstbesitz in Sicherheit zu bringen. Kommentiert wurde diese Entscheidung offiziell mit den Worten, die Universität befinde sich in einem beschleunigten Transformationsprozess. Das weist Breytenbach, dessen Bild «The hovering dog» (Der schwebende Hund), ebenfalls entfernt wurde, zurück: «Ich finde es schlimm, dass man den Vandalen nachgibt.»

AGRARPOLITIK – AUS BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER UND HISTORISCHER PERSPEKTIVE

Wenige Tage vor den Kommunalwahlen hat die südafrikanische Regierung ein neues Landgesetz auf den Weg gebracht, bei dem es vor allem darum geht, Land in die Hände der schwarzen Bevölkerungsmehrheit umzuverteilen. Inwiefern dieses Gesetz besser ist als das alte, wird im Moment von verschiedenen Seiten noch sehr vorsichtig beurteilt. Breyten-

bach argumentiert diesbezüglich in rein betriebswirtschaftlicher Manier, wobei er außer Acht lässt, dass die Landfrage in Südafrika vor allem auch ein Problem des Zugangs zu Eigentum an Siedlungsland ist: «Aus Simbabwe wissen wir sehr genau, wie die ökonomischen Folgen aussehen können, wenn eine Landreform nicht klug und behutsam durchgeführt wird. Die Frage ist doch: Wollen wir einen landwirtschaftlichen Sektor, der Nahrung mindestens für die eigene Bevölkerung produziert, wenn möglich auch darüber hinaus für den Export, oder wollen wir die Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft durch viele kleine schwarze Farmer? Wollen wir womöglich die Verteilung von Land an Funktionäre des ANC, die die Farmen für Wochenendausflüge nutzen, aber nichts produzieren? Der ganze Prozess findet ohne Konsultationen mit denjenigen statt, die betroffen sind und von Landwirtschaft etwas verstehen. Es gibt unter weißen Farmern die Bereitschaft, Land abzugeben, es gibt die Bereitschaft, mit schwarzen Farmern zu kooperieren, ihnen zu helfen, eine effektive, wissenschaftlich basierte Landwirtschaft aufzubauen.»

Das sind sicherlich bedenkenswerte Überlegungen, die allerdings die Wirklichkeit in den ländlichen Gebieten Südafrikas nur bedingt widerspiegeln. Die Mehrzahl der weißen Farmer in Südafrika zieht es bis heute vor, sich in ihren Farmhäusern zu verbarrikadieren und gegebenenfalls bewaffnet gegen Schwarze und deren Unmut über die ungelöste Landfrage vorzugehen. Das räumt Breytenbach zwar ein, verweist aber darauf, dass zurzeit gerade unter den Farmern wieder die Zahl derer zunehme, die der Regierung eine vernünftige Lösung für alle nicht zutraue.

Denis Goldberg hingegen sieht auch hier vor allem das Positive, zum Beispiel dass es in der Kapprovinz beidseitiges Interesse und bescheidene Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen schwarzen und weißen Farmern gibt. «Die Farmervereinigung hat sich entschieden, den neuen Farmern Know-how bezüglich Bewässerung und Pflanzenzüchtung zur Verfügung zu stellen. Das macht auch für sie Sinn, weil der Boden durch diese teils wissenschaftliche, teils betriebswirtschaftliche Beratung nachhaltig geschützt wird.» Ihn ärgert es, wenn seit Jahrhunderten bekannte Hilfsmittel gegen Trockenheit – wie etwa Windräder zum Betreiben von Brunnen – heute verfallen. Statt sie zu reparieren, neue aufzustellen oder eventuell tiefer zu bohren, hätten Bauern nur nach Geld für teure Dieselmotoren, die sie für Symbole des Fortschritts hielten, gerufen. Vom Ausland gesehen entsteht mitunter sogar der Eindruck, dass die Apartheidregierung sogar ein besseres Verständnis für die Rolle des Staates in der Landwirtschaft hatte als der ANC. Immerhin gab es damals Verteilung von Saatgut in kritischen Phasen und man überließ die Erhaltung der Bewässerungssysteme nicht den Farmern allein. Doch Goldberg sieht das anders und gibt zu bedenken: «Die weißen Farmer waren die stärkste Stütze des Regimes. Deshalb wurden sie gefördert. Sie sind jetzt eher Gegner der Regierung, und ein schwarzes Äquivalent gibt es bisher nicht. Es wäre gut, würde der ANC regional und national eine an den Interessen der Bevölkerung und ihrer Versorgung orientierte Agrarpolitik betreiben und dabei auch Bewässerungssysteme im Blick haben.»

PARTEIENDÄMMERUNG – DIE KOMMUNALWAHLEN IM AUGUST

Ob das neue Landgesetz bereits Auswirkungen auf die Wahlen im August 2016 haben wird, ist schwer zu sagen. Breytenbach jedenfalls erwartet ungeachtet solcher Schachzü-

ge im Wahljahr weitere Verluste für den ANC: «Prominente einstige Befürworter haben dazu aufgerufen, aus Protest nicht zur Wahl zu gehen oder den Stimmzettel ungültig zu machen. Sie wollen dem ANC eine Lektion erteilen, ohne die Opposition merklich zu stärken. Ich sehe darin keine Lösung, solange dieses Vorgehen nicht den Weg zu einer Alternative weist.» Der Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) räumt er wachsende Chancen ein: «Aber die Partei hat es nach wie vor schwer, gegen ihr Image als liberale, wirtschaftsfreundliche Partei anzukommen. Von vielen Schwarzen wird nicht wahrgenommen, dass der Einfluss derer, die seinerzeit aus der verhassten National Party zur DA gekommen sind, allmählich gegen Null geht. Schaut man darauf, wie die Partei im Parlament agiert, dann findet man neben liberalen Abgeordneten durchaus auch solche, die mit ihrer Einstellung sehr wohl dem ANC angehören könnten.»

In diesem Punkt sind Goldberg und Breytenbach nah beieinander. Auch Goldberg erwartet, dass bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die DA unter Mmusi Maimane erneut Stimmenzuwachs verbuchen und nach der Provinz Western Cape vielleicht auch Eastern Cape (mit wichtigen Städten) gewinnen kann. Er findet sogar anerkennende Worte für die DA, wie er sie als regierende Partei in der Kapprovinz erlebt. «Die Provinz wird in vielen Bereichen durch die DA gut geführt, was allen nutzt. Zudem profitiert sie vom Verhalten Zumas.» Goldberg kann dieser Entwicklung etwas Gutes abgewinnen: «Wenn schwarze Südafrikaner den ANC nicht wählen, dann ist das für den ANC schlimm; für die Demokratie aber ist es gut, wenn es endlich nicht mehr um Hautfarbe, sondern um Politik, um Prinzipien, um eingelöste und gebrochene Versprechen geht.»

Ein wichtiger neuer Faktor in Südafrikas Parteienlandschaft sind die Economic Freedom Fighters (EFF) um Julius Malema. Weder Goldberg noch Breytenbach sympathisieren mit ihnen. «Ich vergleiche die EFF mit ihrem populistischen Nihilismus manchmal mit der SA vor 1933», sagt Breytenbach und fährt fort: «Sie zerstören das Parlament. Das Parlament ist nicht die Stimme des Volkes, und es spielt keine große Rolle in der südafrikanischen Politik. Es dient der Verteidigung des Führers. Damit begründen Malema und seine Leute den mangelnden Respekt vor dem Parlament. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie damit im Sinne des ANC agieren und sich in einer kritischen Situation wieder mit dem ANC verbünden oder dieser sich mit ihnen. Malema würde dieses Spiel mitspielen, weil er sich nichts mehr wünscht, als der nächste ANC-Chef zu werden.»

Goldberg sorgt sich vor allem darum, dass der Populismus Julius Malemas insbesondere bei den unter 35-Jährigen gut ankommt. Aber er erreiche auch andere Wähler, weil er wie ein Chamäleon sei, Inhalte und Stil seiner Worte danach ausrichte, wen er ansprechen will. «Im Parlament macht er auf Krawall, vor jungen Leuten thematisiert er die hohe Jugendarbeitslosigkeit, vor Arbeitern verlangt er Verstaatlichungen, in deren Folge sie angeblich alle reich würden. Das ist Demagogie. Natürlich sollte man Gewinne besser investieren, als sie wie jetzt auf ausländische Bankkonten zu schaffen und sie dem Land zu entziehen. Aber wenn sich auf diesem Weg nur andere Leute als jetzt bereichern wollen – dann brauchen wir keine Verstaatlichung. Ginge es um den Aufbau einer eigenen Industrie, um eine Diversifizierung unserer Einnahmequellen, um eine gerechtere Verteilung des Reichtums, dann wäre Verstaatlichung für mich in Ordnung. Aber ich sehe derzeit keine Führungselite, die das sicherstellen könnte.»

Nur wenige optimistische Prognosen für afrikanische Staaten sind in den zurückliegenden Jahrzehnten wahr geworden. Westliche Industriestaaten und Organisationen wie der IWF und die Weltbank haben dies oft mit verhindert. Noch ist das Glas halbvoll, aber der Leuchtturm Südafrika droht seine Strahlkraft zu verlieren. Viel Vertrauen wurde bereits verspielt; viele Chancen zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Klimas von gegenseitigem Respekt, Toleranz und Redlichkeit zu entwickeln, wurden vertan. Eine Wende ist nötig und muss bei den Eliten beginnen, letztlich aber die ganze Gesellschaft erfassen. Kommt es dazu nicht, werden Unzufriedenheit und politischer Protest in territorial kaum noch begrenzbarer Gewalt umschlagen und schwerlich noch einmal, wie nach dem Ende der Apartheid, gebändigt und in friedliche Bahnen gelenkt werden können.

Christa Schaffmann hat in Leipzig Journalistik studiert. Als Redakteurin und Autorin hat sie viele Jahre beim Rundfunk und in den Printmedien gearbeitet. Mittlerweile ist sie als freie Journalistin und Beraterin tätig.

1 Denis Goldberg, Jg. 1933, ist ein südafrikanischer Bauingenieur und Veteran des Anti-Apartheid-Kampfes. Zusammen mit Nelson Mandela und Walter Sisulu sowie fünf weiteren Anti-Apartheid-Aktivistinnen wurde er im Rivonia-Prozess 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach 22 Jahren im Gefängnis wurde er schließlich nach Großbritannien abgeschoben, wo er im ANC-Büro London den Kampf gegen das Apartheidregime fortsetzte. Er kehrte in den 1990er Jahren nach Südafrika zurück und lebt heute als engagiertes ANC-Mitglied in Kapstadt. **2** Breyten Breytenbach, Jg. 1939, ist ein südafrikanischer Schriftsteller und Maler, der als Kämpfer gegen das Apartheidregime in den 1960er Jahren ins Exil ging, Mitte der 1970er Jahre illegal nach Südafrika einreiste und dort zwischen 1975 und 1982 inhaftiert war. Er ist französischer Staatsbürger und war rund zwei Jahrzehnte als Direktor für den Aufbau des Kulturzentrums Gorée Institute auf der ehemaligen Sklaveninsel Gorée vor Senegals Hauptstadt Dakar verantwortlich. **3** Vgl. Misereor/erlassjahr.de (Hrsg.): Schuldenreport 2016, Düsseldorf 2016, S. 13 und die Webseite des entwicklungspolitischen Bündnisses Entwicklung braucht Entschuldung unter: www.erlassjahr.de. **4** Vgl. dazu u. a. Chaudhuri, Amit: The real meaning of Rhodes Must Fall, in: The Guardian, 16.3.2016, unter: www.theguardian.com/uk-news/2016/mar/16/the-real-meaning-of-rhodes-must-fall und den Wikipedia-Eintrag unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Rhodes_Must_Fall.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 16/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juli 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling